

rufsausbildung, das lebensbegleitende Lernen und das Arbeitsleben seien in einem Zusammenhang zu betrachten. Er forderte, dass die Entscheidungen auf EU-Ebene intensiv mitgestaltet werden müssten. Die neuen Mitgliedsländer in der Europäischen Union seien nicht „Lehrlinge“, sondern aktive Partner.

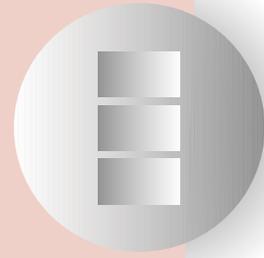
SCHLUSSFOLGERUNGEN

Alles in allem wurde auf der Fachtagung die Ausbildungssituation gründlich analysiert, und es wurden von den Referenten wie Diskussionsteilnehmern auch überlegenswerte Antworten für die künftigen Herausforderungen gesucht. Eine Wegweisung in die Zukunft der Berufsbildung gelang nur in Ansätzen. Dabei gehört zu dieser künftigen Entwicklung nicht nur die Betrachtung der betrieblichen Ausbildung, sondern auch die der Berufsschulen.

In seinen Schlussbemerkungen betonte Walter Brosi (Stell. Generalsekretär und Leiter des Forschungsbereichs im BIBB), dass offensichtlich an vielen Baustellen zu arbeiten sei. Angesichts der verschiedenen Herausforderungen an die duale Ausbildung sei eine Gesamtstrategie nötig. Dazu gehörten die Themen: Ausbildungsreife – Einführung von Teilqualifikationen in die Berufsausbildung, der Ausbau der Berufsfachschulen oder auch Praktika in Schulen. Bei dieser unerlässlichen Gesamtstrategie fragt es sich, welches

Gremium dafür in Frage käme: Etwa die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung?

Während die Teilnehmer der Fachtagung noch über die eine oder andere zukünftige Entwicklung nachdachten, wurden sie von den politischen Meldungen über die von der SPD-Bundestagsfraktion entwickelte Ausbildungsabgabe überrascht. Bundeswirtschaftsminister Clement hatte sich zuvor gegen die rasche Einführung einer Lehrstellenabgabe gewandt. Aber so ist es heute: Wer über die Zukunft reflektiert, darf die Schwierigkeiten der Gegenwart nicht übersehen! Oder wie Wilhelm Raabe bereits im 19. Jahrhundert forderte: „Sieh nach den Sternen! Gib acht auf die Gassen!“ ■



Bericht über die Sitzung 3/2003 des Hauptausschusses am 12. Dezember 2003 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses im Jahr 2003 verabschiedete der Hauptausschuss drei Empfehlungen und diskutierte über die aktuelle Ausbildungsplatzsituation im Zusammenhang der Ausbildungsinitiative.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau PAHL erläuterte die *aktuelle Ausbildungsplatzsituation*. Sie dankte dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Zügigkeit und Sorgfalt bei der Auswertung der aktuellen Daten. Diese Daten ergäben im vierten Jahr in Folge erneut einen Rückgang der betrieblichen Auszubildendenverhältnisse. Im vergangenen Jahr seien gegenüber dem Vorjahr 12.237 Verträge weniger im gesamten Bundesgebiet abgeschlossen worden. Dieser Rückgang sei deutlich geringer als erwartet ausgefallen, dennoch sei die Situation keineswegs zufrieden stellend. Es stellte sich die Frage, ob dieser Rückgang auf die konjunkturelle Lage zurückzuführen sei oder auf Strukturveränderungen, die sich durch ein verändertes Bildungsverhalten ergäben. Die beispiellose gemeinsame Aktion der Kammern, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr habe Schwung in die Vermittlungsoffensive gebracht, was jedoch nicht bedeute, dass man zufrieden sein könnte. Das Problem sei regional unterschiedlich groß, daher müsse in Zukunft noch stärker branchen- und regionalbezogen vermittelt werden.

Herr Dr. REBHAN von der Bundesanstalt für Arbeit erläuterte, dass der Anteil der jungen Leute, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten hätten, auf nunmehr 47 Prozent zurückgegangen sei. Das bedeute, dass mehr als die Hälfte aller Bewerber nicht in betriebliche Ausbildung hätten vermittelt werden können. Immer deutlicher zeichne

Weitere Informationen zur Fachtagung unter: www.bibb.de zu finden.

Krekel, E. M.; Walden, Günter (Hrsg.): *Zukunft der Berufsausbildung in Deutschland – Empirische Untersuchungen und Schlussfolgerungen. Tagungsdokumentation. Hrsg. BIBB. Bielefeld 2004 (in Vorb.)*

Weitere Informationen zum Thema: „Jugendliche in Ausbildung bringen“ – Sonderheft der Zeitschrift des BIBB, *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP)*, Juni 2003. Kostenlos zu beziehen im BIBB per E-Mail (bwp@bibb.de); außerdem als PDF-Datei abrufbar im Internet unter www.bibb.de/de/5757.htm

Ulrich, J. G.: „Ergänzende Hinweise aus der Lehrstellenbewerberbefragung 2002 zur Interpretation der Berufsbildungsstatistik: das Problem der latenten Nachfrage“. In: „Nutzung und Nutzen des Internets bei der Berufswahl und bei der Lehrstellensuche“ – Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Nr. 13/2003, S. 1775–1784. Als PDF-Datei abrufbar im Internet unter: www.arbeitsamt.de/hst/services/bsw/ausb-vern/veroeffentlichungen/ausbildungsmarkt/index.html

Ulrich, J. G.; Troltsch, K.: *Stabilisierung des Lehrstellenmarktes unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen? Aktuelle Analysen der Berufsberatungsstatistik zur Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt*, Hrsg.: BIBB, Bielefeld 2003

sich ab, dass auch Jugendliche mit einem Realschulabschluss Probleme erhielten, in Ausbildungsverhältnisse vermittelt zu werden. Allein von den 21.800 Bewerbern, die zwischen dem 30. September und 30. November 2003 noch ohne Vermittlung geblieben seien, verfügten deutlich mehr als 50 Prozent über einen Realschul- oder einen höheren Abschluss.

Die ARBEITGEBER zeigten sich aufgrund der sehr schwierigen Ausgangslage zufrieden mit der Entwicklung. Die Ausbildungsplatzlücke habe sich zum 30. September bis auf drei Prozent geschlossen. Dies sei ein Erfolg der Ausbildungsoffensive. Kontraproduktiv sei jedoch die Diskussion über eine Ausbildungsplatzabgabe, vor deren Hintergrund es schwierig gewesen sei, Betrieben klar zu machen, dass es sinnvoll und richtig sei, auch in schwierigen Zeiten auszubilden und durch erhöhte Anstrengungen den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Es sei äußerst bedeutsam für einen weiteren Erfolg, jetzt Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Umlagefinanzierung vom Tisch sei oder nicht.

Die ARBEITNEHMER warnten davor, die Situation schönzureden. Im vierten Jahr in Folge gäbe es ein Ausbildungsplatzdefizit, wenngleich es auch geringer als erwartet ausgefallen sei. Aufgrund der erheblichen strukturellen Veränderungen sei es ein Irrglaube, dass eine mögliche Verbesserung der konjunkturellen Lage das Ausbildungsstellenproblem lösen werde. Man begrüße die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion, ein Gesetz zur Umlagefinanzierung zu erarbeiten. Zur nachhaltigen Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation sei es vordringlich, neue Betriebe zu finden, die sich an der Ausbildung beteiligten.

Die BEAUFTRAGTEN DER LÄNDER erinnerten daran, dass man den Ausbildungsstellenmarkt nicht losgelöst vom gesamten Arbeitsmarkt betrachten dürfe. Wenn sich Rahmenbedingungen veränderten und man sich die Unsicherheiten in vielen anderen Bereichen, wie z. B. im Steuerrecht, ansähe, dürfe man sich nicht wundern, wenn dies Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zeitige. 40.000 Insolvenzen bedeuteten das Fehlen von vielen potenziellen Ausbildungsbetrieben. Es sei nicht richtig, in Anbetracht der gegenwärtigen Probleme ein seit mehreren Jahrzehnten funktionierendes Ausbildungssystem eilfertig in Frage zu stellen.

Zur Sicherung der *Bundeseinheitlichkeit der Berufsbildung in Deutschland* verabschiedete der Hauptausschuss im weiteren Verlauf der Sitzung eine Empfehlung an die Bundesregierung, deren Wortlaut dieser Ausgabe der BWP beigelegt ist (BIBB-Pressemitteilung Nr. 47 vom 18. 12. 2003). Hintergrund der Empfehlung sind Leitlinien für die Verhandlungen mit dem Bund, die im Rahmen einer Besprechung der Regierungschefs der Länder am 27. März 2003 in Berlin zum Thema Modernisierung der bundesstaat-

lichen Ordnung in Deutschland verabschiedet wurden. Diese beinhalten den Vorschlag, auf geeignete Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung den Ländern ein eigenes Zugriffsrecht einzuräumen, unter anderem auch im Bereich der außerschulischen beruflichen Bildung.

Der Hauptausschuss appellierte darüber hinaus an die Bundesregierung, *Kürzungen bei der Förderung von Maßnahmen der Auslandsfortbildung* wieder rückgängig zu machen und forderte, die Förderung von Austauschmaßnahmen in der beruflichen Bildung mit öffentlichen Mitteln auch in Zukunft auf adäquater Basis fortzusetzen. Nur so könnten „auch Auszubildende und Fachkräfte aus kleinen und mittleren Unternehmen die Gelegenheit erhalten, internationale Kompetenzen, fremdsprachliche Qualifikationen und berufliche Auslandserfahrungen zu erwerben.“ Auch diese Empfehlung (BIBB-Pressemitteilung Nr. 46 vom 17. 12. 2003) liegt der BWP als Anlage bei.

Die dritte Empfehlung des Hauptausschusses betrifft die *Zentrale Erfassung der von den Kammern bestätigten Qualifizierungsbausteine* nach der Rechtsverordnung über die Bescheinigung von Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit im Rahmen der Berufsausbildungsvorbereitung (BAVBVO). Auch diese Empfehlung des Hauptausschusses (BIBB-Pressemitteilung Nr. 48 vom 19. 12. 2003) liegt als Anlage bei.

Drei Forschungsprojekte zu Berufsbezeichnungen und ihrem Einfluss auf die Berufswahl von Jugendlichen, zur Förderung der Kompetenzentwicklung in der Zeitarbeit und zur Implementation neuer Ausbildungsberufe im Dienstleistungsbereich wurden in das Forschungsprogramm aufgenommen. Außerdem stimmte der Hauptausschuss zwei Verlängerungsanträgen zu.

Der Generalsekretär wurde gemäß § 14 Abs. 5 BerBiFG vom Hauptausschuss für das Haushaltsjahr 2001 entlastet. Bei der anschließenden Wahl neuer Vorsitzender für das Jahr 2004 wurde auf Vorschlag der Beauftragten der Länder Dieter Faul zum Vorsitzenden für das Jahr 2004 gewählt. Veronika Pahl, Beauftragte des Bundes, Ingrid Sehrbrock, Beauftragte der Arbeitnehmer, und der Nachfolger von Herrn Dr. Söhngen ab 2004 im Hauptausschuss, Wolf-Rainer Lowack, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden für das kommende Jahr gewählt.

Abschließend würdigten die Vorsitzende, der Generalsekretär, die stellvertretenden Vorsitzenden sowie Herr Spelberg für die Beauftragten der Arbeitgeber die Verdienste des scheidenden stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Bernd SÖHNGEN, um die berufliche Bildung und sein Engagement im Hauptausschuss und dankten ihm, verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft, für die geleistete Arbeit.